Fraktions-News-Flash

«Usem Landrat»

Landratssitzung vom 11. September 2025

Herzlich Willkommen, liebe Sandra!

Heute durften wir Sandra Jenni als Landrätin im Kreis der FDP-Fraktion willkommen heissen. Sie folgt auf Saskia Schenker, welche per Ende August nach zehnjähriger Landratsangehörigkeit zurückgetreten ist. Sandra Jenni ist Rechtsanwältin und arbeitet als Senior Legal Counsel in einem international tätigen Familienunternehmen im Baselbiet. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Sandra Jenni ist in unserer Partei bestens bekannt: sie ist seit 2024 Präsidentin der FDP Sissach & Umgebung und Schulrätin in Zunzgen. Zudem vertritt sie die FDP Baselland als eidgenössische Delegierte. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Sandra und wünschen ihr viel Freude im neuen Amt.

Alain Bai
Fraktionspräsident FDP-Landratsfraktion

Erfolg für die FDP-Fraktion: Gegenvorschlag zur Tempo-30-Initiative wird dem Volk vorgelegt

Alain Bai (alain.bai@lr-bl.ch)
Fraktionspräsident FDP-Landratsfraktion

Die Initiative «Tempo 30 auf Hauptstrassen – nur mit Zustimmung des Volkes» verlangt, dass Geschwindigkeitsreduktionen auf Hauptstrassen innerorts nur noch mit einer vorgängigen Zustimmung der stimmberechtigten Bevölkerung möglich sind. Dieses von rund 10'000 Unterzeichneten geforderte Anliegen unterstützt die FDP-Fraktion. Die Initiative wurde in den letzten Monaten gleichwohl kontrovers diskutiert und es zeichnete sich rasch ab, dass der Regierungsrat die Initiative nicht im Sinne der Initianten umsetzen würde. So beschränkt sich etwa der Begriff der Hauptstrasse nach Auffassung des Regierungsrats lediglich auf einzelne Kantonsstrassen innerorts, und der Regierungsrat machte deutlich, dass die Kompetenz zum Erlass von Tempo-30-Zonen in seiner Kompetenz liegt. Daran ändere auch die Initiative nichts.

Aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf die praktische Umsetzung hat die Justiz- und Sicherheitsfunktion unter Federführung unserer Fraktion einen Gegenvorschlag erarbeitet, der heute vom Landrat angenommen wurde. Der Gegenvorschlag schafft eine klare und praktikable Regelung im Kompetenzkatalog des Gemeindegesetzes: Künftig sollen Gemeindeversammlungen oder Einwohnerräte zwingend über Anträge an den Regierungsrat betreffend die Einführung von Tempo 30 auf Kantons- und Gemeindestrassen entscheiden können, was die demokratische Mitwirkung deutlich stärkt. Zuständig für den Erlass im eigentlichen Sinne bleibt der Regierungsrat. Zukünftig sollen aber nicht mehr Gemeinderäte dem Regierungsrat Antrag stellen können. Der Gegenvorschlag geht somit weiter als die Initiative, sorgt für Rechtssicherheit, regelt die Zuständigkeiten eindeutig und vermeidet juristische Unklarheiten. Zudem sollen auch bereits beim Regierungsrat pendente Anträge von Gemeinderäten auf Einführung von 30-Tempo-Zonen den Gemeindeversammlungen oder Einwohnerräten zur Bewilligung vorgelegt werden. Erfreulicherweise fand der Gegenvorschlag aufgrund der Zusammenarbeit in der bürgerlichen Allianz eine (knappe) Mehrheit, so dass die Bevölkerung demnächst darüber abstimmen kann. Der Weg für eine höhere demokratische Legitimität von Tempo-30-Zonen ist geebnet.

Die Gesetzesinitiative «Prämienabzug für alle» setzt am falschen Ort an

Martin Dätwyler (martin.daetwyler@lr-bl.ch)
Landrat FDP Laufen

Diese Initiative fordert, dass alle steuerpflichtigen Personen künftig die selbstbezahlten Krankenkassenprämien vollständig vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Auf den ersten Blick mag dies verlockend klingen, doch es gibt gewichtige Gründe, die dagegensprechen.

Laut Schätzungen des Regierungsrates würde der Kanton dadurch bis zu 95 Millionen Franken weniger einnehmen, die Gemeinden weitere bis zu 55 Millionen Franken. Diese enormen Mindereinnahmen würden den finanziellen Spielraum des Kantons erheblich einschränken und wichtige Reformen erschweren, wie etwa die längst überfällige Einkommenssteuerreform, die von der FDP seit langem gefordert wird.

Ein weiterer Nachteil der Initiative ist der erhöhte bürokratische Aufwand. Die Steuerverwaltung müsste bei jeder steuerpflichtigen Person die Prämienrechnung manuell überprüfen, was die Veranlagung der Steuererklärung erheblich verkomplizieren würde.

Die unbegrenzte Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien stellt zudem einen Fehlanreiz dar. Angesichts der steigenden Kosten im Gesundheitswesen ist es im öffentlichen Interesse, dass Prämienzahlende möglichst günstige Versicherungsmodelle und hohe Franchisen wählen. Die Initiative enthält jedoch keine entsprechenden Anreize und könnte sogar das Gegenteil bewirken, indem sie teurere Modelle attraktiver macht. Ein weiterer kritischer Punkt ist, dass höhere Abzüge dazu führen würden, dass mehr Steuerpflichtige keine Steuern mehr bezahlen. Schon heute sind es über 20 Prozent, und dieser Anteil würde sich mit der Initiative wohl deutlich erhöhen. Dies ist staatspolitisch fragwürdig. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates bietet gezielte Verbesserungen, indem er einen pauschalen Abzug für die Krankenkassenprämien vorsieht. Dies ist weniger bürokratisch und bewahrt den Anreiz zur Wahl günstigerer Prämien. Dennoch ist die Fraktion vom Gegenvorschlag nicht überzeugt, da auch dieser nicht dort ansetzt, wo eine Steuerentlastung am dringendsten benötigt wird. Nur eine gezielte Einkommensteuersenkung, insbesondere für den Mittelstand, kann hier Abhilfe schaffen.

Deshalb sollten die Stimmberechtigten sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ablehnen und die finanziellen Mittel für eine Einkommenssteuerreform verwenden, die den Kanton Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich besser positioniert und zur Standortattraktivität beiträgt. Eine entsprechende Initiative der FDP ist bereits in Ausarbeitung. Mit dieser Position hat sich die FDP im Landrat auch durchgesetzt.

Solar-Initiative kommt vors Volk

Christine Frey (christine.frey@lr-bl.ch)
Landrätin

Die heute in der zweiten Lesung traktandierte Solar-Initiative klang auf den ersten Blick sympathisch – mehr Solarenergie auf Dächern, Fassaden und Parkplätzen. Wer könnte da schon dagegen sein? Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass sie nicht nur unausgereift, sondern auch kontraproduktiv ist.

Erstens setzt die Initiative ausschliesslich auf Zwangsmassnahmen. Eigentümerinnen und Eigentümer sollen verpflichtet werden, Solaranlagen zu installieren – unabhängig davon, ob sinnvoll oder technisch überhaupt machbar ist. Damit greift die Initiative tief in die Eigentumsrechte ein und ignoriert individuelle Gegebenheiten.

Zweitens ist die Wirtschaftlichkeit vieler Photovoltaikanlagen nach wie vor problematisch. Ohne Subventionen und Einspeisevergütungen rechnen sich zahlreiche Anlagen nicht. Wer den Ausbau auf Zwangsbasis betreibt, zwingt Eigentümer und letztlich auch die Gesellschaft zu übermässigen Kosten.

Drittens verschärft die Initiative bestehende Probleme im Netz. Schon heute stossen die Energieversorger an ihre Kapazitätsgrenzen. Photovoltaik liefert Strom vor allem dann, wenn die Sonne scheint – nicht aber, wenn die Nachfrage am höchsten ist. Damit entstehen Schwankungen, die teuer mit Speichern oder Reservekraftwerken ausgeglichen werden müssen. Ein Netzausbau, der sich an maximaler Sonneneinstrahlung orientiert, wäre ineffizient und würde enorme Systemkosten verursachen.

Und viertens ignoriert die Initiative geopolitische und ökologische Aspekte. Die Abhängigkeit von chinesischen Solarmodulen ist hoch – mit entsprechenden Risiken für unsere Versorgungssicherheit. Zudem haben Solarmodule eine begrenzte Lebensdauer. Recyclingverfahren sind nur unzureichend entwickelt, und problematische Stoffe erschweren die Wiederverwertung. Auch das gehört zur Realität. Eine nachhaltige Energiepolitik braucht Versorgungssicherheit, Technologieoffenheit und wirtschaftliche Vernunft. Sie darf nicht einseitig auf Photovoltaik setzen, sondern muss die gesamte Breite der erneuerbaren Energien berücksichtigen und Anreize statt Zwangsmassnahmen schaffen.

Aus all diesen Gründen lehnte die FDP die Solar-Initiative klar ab und ebenso den Gegenvorschlag, der gegen den Willen des Regierungsrates ausgearbeitet werden musste. In der Schlussabstimmung konnte der Gegenvorschlag verhindert werden. Somit kommt nur die Initiative vors Volk, was aus unserer Sicht die Abstimmung einfacher macht. Denn immer häufiger werden zu Volksinitiativen Gegenvorschläge ausgearbeitet – was die Anliegen verwässert und Abstimmungen unnötig verkompliziert.

Formulierte Gesetzesinitiative **2024/486 «Potential nutzen – Versorgung sichern: Für eine vorausschauende Energiepolitik im Baselbiet» («Solar-Initiative»)**

Eingereichte Vorstösse

Folgende Vorstösse wurden von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 11. September 2025 eingereicht:

Motion 2025/408 - Rolf Blatter: Erreichbarkeit der KMU sichern

Motion 2025/409 - Silvia Lerch-Schneider: Gleich lange Spiesse im Bildungswesen - Schulische Ausbildung dem Ferienstandard der Berufslehre angleichen

Postulat 2025/410 - Marc Schinzel: Gemeinden unter Druck: Einführung eines Kostenbenchmark zur Eindämmung und Reduktion der Kosten der stationären Pflege

FDP.Die Liberalen Baselland, 4410 Liestal ¦ info@fdp-bl.ch ¦ www.fdp-bl.ch

Abbestellen